

Der unantastbare Präsident

Ohne Folgen Die SP verfehlte am Wahlsonntag ihr erklärtes Ziel. Kritik bleibt aber aus



Das rote Tuch: Kritik gegenüber dem Parteipräsidenten Christian Levrat ertönt innerhalb der SP höchstens ganz leise.

ALEXANDRA WEY/KEYSTONE

VON ANNA WANNER

Christian Levrat, der Präsident der Sozialdemokraten, der gerne Auto fährt und den Bauern stets den Rücken stärkt. Schliesslich will er im ländlichen Freiburg wiedergewählt werden. Dass der Parteistrategie, der sich einer klar linken Linie verschrieben hat, den Einzug ins Stöckli im zweiten Wahlgang schaffen wird, ist gewiss. Ebenso unbestritten ist der Vorsitz, den er in der Partei einnimmt. Kritiker äussern sich höchstens leise.

Dabei gäbe es durchaus Diskussionsstoff. Die Mitteparteien und die Grünen haben zwar am vergangenen Sonntag am meisten Wähler verloren. Allerdings konnten auch die Sozialdemokraten kaum zulegen. Schweizweit steigerten sie ihren Wähleranteil um ganze 0,1 Prozent. Ihre Zielgrösse von 20 Prozent erreichten sie bei weitem nicht.

Am Büezer vorbei

Augenfällig dabei ist zweierlei: In den Städten machte die SP massiv vorwärts. In Basel um 4,2 Prozent, im Kanton Zürich um 2,5 Prozent und in Genf immerhin um 0,8 Prozent. In ländlichen

Regionen, wie Schwyz, Aargau oder Baselland hatte sie das Nachsehen. Zweite Auffälligkeit: Kandidaten des rechten Flügels erzielten Glanzresultate. Pascale Bruderer und Daniel Jositsch wurden im Aargau und in Zürich auf Anhieb in den Ständerat gewählt. Und in Bern schwingen neben Matthias Aebischer auch Evi Allemann und Nadine Masshardt oben auf. Zum Vergleich: Gewerkschafter Corrado Pardini erzielte 54 626 Stimmen - 27 000 weniger als Aebischer. Ins Bild passt auch: Die Schwyzer wählten Fraktionspräsident Andy Tschümperlin ab, der die pointiert linke Parteipolitik im konservativen Kanton nicht vermitteln konnte. Im bürgerlichen Aargau musste der ehemalige Gewerkschaftssekretär Max Chopard über die Klinge springen.

Unter dem Strich bedeutet dies: Wer der Parteilinie die Treue hält, wird tendenziell abgestraft. Wer sich zur Mitte hinbewegt, gewinnt. Längst ist bekannt, dass die SP an Büezer vorbei politisiert. Wenn die Partei Wähler mit Einkommen unter 5000 Franken hin-

zugewinnt, dann sind es Studenten, wie der «Tages-Anzeiger» gestern aufzeigte. Es ist ein aufgeschlossenes, urbanes Publikum, das den Sozialdemokraten die Stimme gibt.

Asyl bewegt auch SP

Der Basler Nationalrat Beat Jans findet denn auch, dass die Partei sich mehr an den Städten orientieren sollte. «Dort wo die SP in die Regierung eingebunden ist, betreibt sie lösungsorientierte Politik», sagt er. So habe die Stadt Basel unter linker Regierung die Finanzen saniert. Viele hätten erkannt, dass SP-Politik funktioniert. «Nur auf dem Land ist es

«Dort wo die SP in die Regierung eingebunden ist, betreibt sie lösungsorientierte Politik.»

Beat Jans Nationalrat SP/BS

noch nicht angekommen.» Zu einer internen Ausmarchung kommt es deshalb nicht. Jans meint, dass eine sinnvolle Finanzpolitik nicht gegen andere Anliegen ausgespielt werden soll.

Im Aargau drängt sich hingegen das Asylthema auf. In bürgerlichen Kantonen habe dies eine grosse Rolle bei den

Wahlen gespielt, sagt die Aargauer Nationalrätin Yvonne Feri. Doch: «Zu diesem Thema sind wir zu wenig klar aufgetreten. Wir müssen unsere Kommunikation überdenken.» Am Kurs der Partei würde sie aber nichts ändern. Als Präsidentin der SP-Frauen wolle sie sich weiterhin pointiert äussern.

Politik aus Überzeugung

Egal ob in Basel, Bern, Waadt oder Zürich, inhaltliche Kritik ist vorhanden. Doch dem Parteipräsidenten wird sie kaum je angelastet. Die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Badran ereifert sich zwar über einen Auftritt von Levrat in der Sendung «Schawinski», weil er die «humanitäre Tradition» als Grund für eine freundliche Asylpolitik aufgeführt. Dabei hätte er der Bevölkerung endlich reinen Wein einschenken müssen, endlich erklären, «dass deren Armut mit unserem Reichtum zusammenhängt».

Badran gehört zu den wenigen, die auch auf die Person zielt. Etwas am Parteikurs ändern will sie deswegen nicht. «Politik ist keine Marketing-Veranstaltung. Wir machen Politik aus Überzeugung.» Levrat hätte es wohl nicht anders gesagt.

Sparpaket

Der Bundesrat spart in Milliardenhöhe

Der Bundesrat will in den nächsten Jahren rund eine Milliarde Franken einsparen. Genaue hat er bekannt gegeben, wo er den Schnitt ansetzt. Der sehr grosse Rest werden vor allem die Bereiche Gesundheit, Bildung und Forschung. Auch beim Personal wird gespart. Beim Personal seien zentrale Einheiten vorgesehen, schreibt der Bundesrat in einer Mitteilung. Eine Zahl nennt er jedoch nicht. Sparen will die Regierung aber auch in vielen anderen Bereichen. 2017 sollen die Ausgaben gegenüber der Vorjahresplanung um 700 Millionen Franken zurückgefahren werden. Um je 200 Millionen Franken wird der Budget von Bildung und Forschung sowie der internationalen Zusammenarbeit und der Beziehungen zum Ausland gekürzt, um 100 Millionen Franken je ein der Armeen, 100 Millionen Franken werden beim Verkehr gespart.

Details nächste Woche

2016 sind gegenüber dem Finanzplan Einsparungen von 200 Millionen Franken geplant, 2017 sollen es 170 Millionen betragen. Bei der internationalen Zusammenarbeit werden über 200 Millionen Franken gestrichen, bei Bildung und Forschung 200 Millionen, bei der sozialen Wohlfahrt 200 Millionen. Die Ausgaben für den Verkehr werden um 100 Millionen Franken zurückgefahren, jene für die Landwirtschaft um 200 Millionen.

Mit dem Verstoß des Sparpakets wird sich der Bundesrat in den nächsten Wochen befinden. Ende November will er die Vernehmbarung dazu veröffentlichen. Die gesamte Haushaltsvoranschläge 2017/2018 hat der Bundesrat Anfang 8 August für die Lage der Bundeshaushalte und wichtiger Vorprojekte der Bundesämter genehmigt. Verschieden haben sich die Bundesämter hinsichtlich des Bundes sogar noch verständigt, aber andere auch wegen der möglichen Zahl der Ausgaben. ...

NACHWORTEN

Wahlrechtsreform Pro Juventute fordert mehr Raum für Kinder

Pro Juventute schlägt heute in der Schweiz gibt es immer weniger kinderreife Räume. Um Kindern einen freien Zugang zu Freizeitanlagen zu ermöglichen und die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren, lanciert Pro Juventute die nationale Kinderkampagne «Freizeit - mehr Platz für Kinder». ...

SCHWEIZ UND LANDE Bundesrat schliesst zwei Landesplätze

Nach ein dreijähriger Zwischenperiode sollen in Bern Oberland wieder zwei Landesplätze geschaffen. 40 weitere im Appenzauer Norden sollen zurückgewonnen werden. Nach fünf Jahren an der Landespolitik hat die Regierung über die Landespolitik und die im Appenzauer Nord der Bundesrat schliesst. In beiden Fällen im Bundesrat werden die Landesplätze von neuem besetzt. Wie Umweltminister Beat Burki von der Volkspartei und dem Kanton Bern erklärt. ...

FLUSS Pflege in anderem Kanton: Noch keine Lösung

Bei einem Pflegeheim ausserhalb des Kantonsbasler-Stadt, sorgte für Zuständigkeitsprobleme. Heute ist in der Fall nicht nur ein weiterer Kanton für die Kosten aufkommen muss, die werden von der Kantonskasse nach vom Kanton gedeckt werden. Nach Ansicht des Bundesrats ist der Fall aber auf jeden Fall, das Problem zu lösen. Eine Änderung des Kantonsvertrages umzusetzen befindet sich bereits in der Verhandlung. Der Bundesrat will daran keine eigenen Lösungsvorschläge ausarbeiten. In einem Bericht an Auftrag des Parlaments wird er allerdings darauf hin, dass eine perfekte Lösung nicht möglich ist. ...

Bundesrat sagt Ja zu Online-Casinos

Geldspielgesetz Casinos sollen Geldspiele künftig im Internet anbieten dürfen - und private Pokerturniere mit kleinen Einsätzen werden legal.

WIKIMEDIA

Schwizer Casinos sollen künftig Roulette, Blackjack und andere Geldspiele auch im Internet anbieten dürfen. Und wer im Lotto abspielt, will auf dem Casino keine Steuern zahlen. Diese werden nicht bezahlen müssen. Das heißt als Gegenleistung von, dass der Bundesrat genehmigt ein Parlament verabschiedet. In 2016 dem neuen Geldspielgesetz will der

Bundesrat die Spielregeln und Wettensregeln lösen lassen beibehalten. Gleichzeitig sollen die legalen Spiele attraktiver werden, durch die Spieler nicht auf Regeln hingehen zu müssen. Diese sollen online gespielt wird, dass weniger legal und kontrolliert, sagt Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga am ersten Mediengespräch nach dem Wahlen mehr auch frei sein.

Casinos, die online Geldspiele anbieten wollen, sollen genau dem Gegenstand von einer Erleichterung ihrer Konkurrenz aus dem Ausland. Wettensregeln sollen bei Schweizer Online-Casinos nicht gelten können. Gleichzeitig will der Bundesrat Regeln Online-Casinos beibehalten, indem solche Wettens in der Schweiz gespielt werden können will der Bundesrat auch die Regeln

die haben. Pokerturniere mit kleinen Einsätzen sollen auch ausserhalb der Spielregeln erlaubt werden. Wer genau die Regeln für diese gilt, wird erst in der Verordnung geregelt, wie Sommaruga sagt.

Die weitere Vorrichtung des Bundesrates dürfte die Landesplätze sein. Wer im Lotto gewinnen, will einen Gewinn künftig nicht mehr als Einkommen versteuern müssen, dass es für die Wettenspiele. In dieser Änderung will der Bundesrat eine Gleichbehandlung betreiben, dass die Casinos unterliegen werden heute wo der der Einkommen auch der Verrechnungssteuer durch die Steuerbehörde will dem Spielern zudem die Steuer geben werden, sich dem legalen Schweizer Spielregeln anpassen. ...

WIKIMEDIA

Sommeruga tritt nochmals an

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (SP) kann gehen am Rand der Medienkonferenz auch allfälligen Verleumdungen um ihre Zukunft aussprechen sich nicht für eine Wahl zur Verfügung, sagte sie. Und es ist davon auszugehen, dass sie die Bundesversammlung am 8. Dezember auch problemlos in Amt bestätigt. ...